

# **Allgemeine Vertragsbestimmungen - AVB -**

zu den Verträgen für freiberuflich Tätige

<b>§ 1</b>	<b>Allgemeine Pflichten der bzw. des AN</b>
<b>§ 2</b>	<b>Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten</b>
<b>§ 3</b>	<b>Vertretung des AG durch die bzw. den AN</b>
<b>§ 4</b>	<b>Auskunftspflicht der bzw. des AN</b>
<b>§ 5</b>	<b>Herausgabeanspruch des AG</b>
<b>§ 6</b>	<b>Urheberrecht</b>
<b>§ 7</b>	<b>Abnahme</b>
<b>§ 8</b>	<b>Zahlungen</b>
<b>§ 9</b>	<b>Abtretung</b>
<b>§ 10a</b>	<b>Kündigung durch den AG</b>
<b>§ 10b</b>	<b>Kündigung durch den AN</b>
<b>§ 11</b>	<b>Haftung und Verjährung von Mängel- und Schadensersatzansprüchen</b>
<b>§ 12</b>	<b>Haftpflichtversicherung</b>
<b>§ 13</b>	<b>Erfüllungsort, Streitigkeiten, Gerichtsstand</b>
<b>§ 14</b>	<b>Arbeitsgemeinschaft</b>
<b>§ 15</b>	<b>Vertragssprache / Anzuwendendes Recht</b>
<b>§ 16</b>	<b>Schriftform</b>
<b>§ 17</b>	<b>Verpflichtung nichtbeamteter Personen</b>
<b>§ 18</b>	<b>Salvatorische Klausel</b>

## **§ 1**

### **Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers (AN)**

- (1) Die Leistungen müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entsprechen sowie den örtlichen Verhältnissen Rechnung tragen.
- (2) Der AN hat insbesondere zu beachten
  - das Bauhandbuch (VV-Bau),
  - oberhalb des EU-Schwellenwertes den Vierten Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung – VgV bzw. SektVO),
  - die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen - VOB -.
- (3) Als Sachwalter des Auftraggebers (AG) darf der AN keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen vertreten. Er hat gemäß seinem Berufs- und Standesrecht im Rahmen des Vertrages ihm übertragene Vermögensbetreuungspflichten ausschließlich für den AG wahrzunehmen.
- (4) Weder der AN noch eine der in § 6 Abs. 1 Vergabeverordnung (VgV bzw. SektVO) genannten Personen dürfen in einem von ihm vertragsgemäß betreuten Vergabeverfahren einen Bewerber oder Bieter tätig sein. Dies gilt für alle Vergabeverfahren oberhalb und unterhalb der in § 106 GWB festgelegten Schwellenwerte für EU-Vergabeverfahren.
- (5) Der AN hat seiner Leistung die schriftlichen Anordnungen und Anregungen des AG zugrunde zu legen und etwaige Bedenken hiergegen dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen; er hat seine vereinbarten Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit dem AG und den anderen fachlich Beteiligten (vgl. § 3) abzustimmen.  
Der AN hat sich rechtzeitig zu vergewissern, ob seiner Leistung öffentlich-rechtliche Hindernisse und Bedenken entgegenstehen. Der AN hat fernerbei der Erstellung von Vergabeunterlagen darauf zu achten, keine Vertragsbedingungen zu formulieren und keine Abweichung von der VOB/B oder den AVB des AG vorzunehmen.

## **Allgemeine Vertragsbestimmungen - AVB -**

### **zu den Verträgen für freiberuflich Tätige**

Die Haftung des AN für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird durch Prüfung, Anerkennung oder Zustimmung des AG nicht eingeschränkt.

- (6) Notwendige Überarbeitungen der Unterlagen bei unverändertem Programm und bei nur unwesentlich veränderten Forderungen begründen keinen Anspruch auf zusätzliches Honorar. Nicht vereinbarte Leistungen, die der AG zur Herstellung der baulichen Anlage fordert, hat der AN mit zu übernehmen; die Vergütung hierfür hat der AN vor Leistungsbeginn mit dem AG zu vereinbaren. Dazu hat der AN spätestens 14 Kalendertage nach Aufforderung ein prüffähiges Angebot vorzulegen. Das gleiche gilt für Änderungen der vereinbarten Leistung; in solchen Fällen richtet sich das Honorar nach den Ermittlungsgrundlagen der vereinbarten Leistung.
- (7) Der AN ist bei der Bearbeitung der Leistungen an die von dem AG anerkannte Planung gebunden. Wenn von dem AG vor Leistungserbringung eine Kostenobergrenze mitgeteilt wurde, hat der AN diese unter Einschluss aller planerischen Maßnahmen zur Optimierung des Planungskonzepts zu beachten.  
Wird erkennbar, dass die von dem AG anerkannten Kosten und die vereinbarten Termine bei der Verfolgung der bisherigen Planung oder nach dem Ergebnis der Ausschreibung einer Leistung nicht eingehalten werden, hat er dem AG unverzüglich unter Darlegung der aus seiner Sicht möglichen Handlungsvarianten und deren Auswirkungen auf Kosten, Termine und Wirtschaftlichkeit des Objekts zu unterrichten.
- (8) Die Haftung des AN für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird durch Anerkennung oder Zustimmung des AG oder durch die Entgegennahme von Arbeitsergebnissen durch den AG nicht eingeschränkt, es sei denn, es liegt ein vorsätzliches Mitverschulden des AG vor.
- (9) Der AN hat die ihm übertragenen Leistungen in seinem Büro zu erbringen. Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG ist eine Unterbeauftragung zulässig.

## **§ 2**

### **Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten**

- (1) Dem AN gegenüber ist nur die vertragsschließende Stelle weisungsbefugt.
- (2) Der AG unterrichtet den AN rechtzeitig über die Leistungen, die andere fachlich Beteiligte zu erbringen haben und über die mit diesem vereinbarten Termine/Fristen.
- (3) Der AN ist verpflichtet, den anderen fachlich Beteiligten die notwendigen Angaben und Unterlagen so rechtzeitig zu liefern, dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß erbringen können.
- (4) Wenn während der Ausführung der Leistungen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem AN und anderen fachlich Beteiligten auftreten, hat der AN unverzüglich schriftlich die Entscheidung des AG herbeizuführen.

## **§ 3**

### **Vertretung des AG durch den AN**

- (1) Der AN ist zur Wahrung der Rechte und Interessen des AG im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet. Er hat den AG unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen mit der Bauausführung beauftragte Unternehmen ergeben können. Die Geltendmachung derartiger Ansprüche obliegt dem AG.
- (2) Den AG bindende Erklärungen, insbesondere solche mit finanziellen Verpflichtungen, darf der AN nicht abgeben. Dies gilt auch für den Abschluss, die Änderung und Ergänzung von Verträgen sowie für die Vereinbarung neuer Preise.
- (3) Der AN darf unbeschadet § 2 Abs. 3 Dritten ohne Einwilligung des AG keine Unterlagen aushändigen und keine Auskünfte geben, die sich auf die Baumaßnahme beziehen.

# **Allgemeine Vertragsbestimmungen - AVB -**

zu den Verträgen für freiberuflich Tätige

## **§ 4**

### **Auskunftspflicht der bzw. des AN**

Der AN hat dem AG auf Anforderung über seine Leistungen unverzüglich und ohne besondere Vergütung sowohl mündlich als auch schriftlich Auskunft zu erteilen, bis das Rechnungsprüfungsverfahren für die Baumaßnahme für abgeschlossen erklärt ist.

## **§ 5**

### **Herausgabeanspruch des AG**

Die von dem AN zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten Unterlagen – Pläne oder Zeichnungen in analoger und digitaler Form – sind an den AG herauszugeben; sie werden dessen Eigentum. Die dem AN überlassenen Unterlagen sind dem AG spätestens nach Erfüllung seines Auftrages zurückzugeben. Zurückbehaltungsrechte, die nicht auf diesem Vertragsverhältnis beruhen, sind ausgeschlossen.

Auf Anforderung des AG hat der AN die ihm digital zur Verfügung gestellten Daten in seinem DV-System zu löschen.

## **§ 6**

### **Urheberrecht – Nutzung, Änderung**

- (1) Soweit die von dem AN gefertigten Unterlagen und das ausgeführte Werk ganz oder in Teilen urheberrechtlich geschützt sind, bestimmen sich die Rechte des AG auf Nutzung, Änderung und Veröffentlichung dieser Werke nach § 6 Abs. 2 bis 5. Als Werke der Baukunst im Sinne des Urheberrechtsgesetzes sind solche Unterlagen und Bauwerke anzusehen, die eine persönliche, geistige Schöpfung des AN darstellen und einen so hohen Grad an individueller ästhetischer Gestaltungskraft aufweisen, dass sie aus der Masse des alltäglichen Bauschaffens herausragen.  
Der AN gewährleistet und sichert zu, dass seine Leistungen frei von Rechten Dritter sind.
- (2) Der AG darf die von dem AN gefertigten Unterlagen für die im Vertrag genannte (Bau)Maßnahme und das ausgeführte Werk ohne Mitwirkung des AN nutzen. Die Unterlagen dürfen auch für eine etwaige Wiederherstellung des ausgeführten Werks benutzt werden.
- (3) Der AG darf die von dem AN gefertigten Unterlagen sowie das ausgeführte Werk ohne Mitwirkung des AN ändern, wenn dies für die Nutzung des Vorhabens erforderlich ist. Dies gilt nicht, wenn die Änderungen der Unterlagen oder des ausgeführten Werks zu Entstellungen oder anderen Beeinträchtigungen im Sinne von § 14 Urheberrechtsgesetz führen oder die Interessenabwägung im Einzelfall ergibt, dass das Gebrauchsinteresse des AG hinter dem Schutzinteresse des AN zurücktreten muss. In den in Satz 2 genannten Fällen wird der AG den AN über das Vorhaben unterrichten und ihm Gelegenheit geben, innerhalb einer von dem AG bestimmten angemessenen Zeit mitzuteilen, ob und in welcher Weise er mit einer Änderung einverstanden ist.
- (4) Der AG hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe des AN. Das Veröffentlichungsrecht des AN unterliegt der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG, wenn Geheimhaltungs- bzw. Sicherheitsinteressen oder sonstige besondere Belange des AG durch die Veröffentlichung berührt werden.
- (5) Der AG kann seine Befugnisse nach § 6 Abs. 2 bis 4 im Rahmen des § 34 Urheberrechtsgesetz auf den jeweiligen zur Verfügung über das Grundstück Berechtigten übertragen.
- (6) Liegen die Voraussetzungen des § 6 Abs. 1 nicht vor, darf der AG die von dem AN erstellten Unterlagen für die im Vertrag genannte Baumaßnahme ohne Mitwirkung des AN nutzen und ändern; dasselbe gilt auch für das ausgeführte Werk. Der AG hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe des AN. Das Veröffentlichungsrecht des AN unterliegt der vorherigen schriftlichen Zustimmung der AG. Die Planungs- und Kostendaten der Baumaßnahme dürfen von dem AN nicht an Dritte weitergegeben

## **Allgemeine Vertragsbestimmungen - AVB -**

### **zu den Verträgen für freiberuflich Tätige**

werden. Der AG kann seine vorgenannten Rechte auf den jeweiligen zur Verfügung über das Grundstück Berechtigten übertragen.

- (7) Mit der vereinbarten Vergütung sind auch sämtliche Rechte, die dem AG im Rahmen des § 6 eingeräumt sind, abgegolten.

## **§ 7**

### **Abnahme**

- (1) Die vertragsgemäßen Leistungen des AN müssen – nach Erbringung der letzten beauftragten Leistungsstufe – förmlich abgenommen werden, eine Teilabnahme ist nicht vorgesehen. Wegen unwesentlicher Mängel kann die Abnahme nicht verweigert werden. Das Ergebnis der Abnahme ist in einem gemeinsamen Protokoll festzuhalten; im Protokoll sind vorhandene Mängel festzustellen und die vertraglichen Erfüllungsansprüche vorzubehalten.
- (2) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 kann die bzw. der AN ab der Abnahme der letzten Leistung des bauausführenden Unternehmers oder der bauausführenden Unternehmer eine Teilabnahme der von ihm bis dahin erbrachten Leistungen verlangen (§ 650s BGB).

## **§ 8**

### **Zahlungen**

- (1) Zahlungen erfolgen spätestens 30 Tage nach Eingang einer prüfbaren Rechnung.
- (2) Im Falle der Beauftragung von Leistungen nach Zeithonorar hat die Abrechnung monatlich unter Vorlage aussagekräftiger und prüffähiger Leistungsaufstellungen zu erfolgen.
- (3) Auf Anforderung des AN werden Abschlagszahlungen bis zu einer Höhe von 95 v.H. des Honorars für die nachgewiesenen Leistungen einschließlich Umsatzsteuer gewährt. Die Leistungen sind durch eine prüfbare Aufstellung nachzuweisen. Abschlagszahlungen gelten nicht als Abnahme von Teilen der Leistung.
- (4) Der Einbehalt in Höhe von 5% wird mit Fertigstellung der Leistung zusammen mit der Schlussrechnung ausbezahlt. Im Fall einer stufenweisen Beauftragung wird der Einbehalt in Höhe von 5% nach Abschluss der jeweiligen Stufe ausbezahlt. Eine Teilabnahme der Leistungen einer Stufe ist damit nicht verbunden.
- (5) Der AN hat unverzüglich nach erfolgter Abnahme eine prüffähige Schlussrechnung zu stellen. Der Anspruch auf die Schlusszahlung wird alsbald nach Prüfung und Feststellung der von dem AN vorgelegten prüfbaren Honorarschlussrechnung fällig, spätestens innerhalb von einem Monat nach Zugang. Fällig wird der Anspruch aus der Schlussrechnung mit Ablauf der vorgenannten Frist, es sei denn, der AG hat innerhalb dieser Frist die Prüffähigkeit der Rechnung begründet gerügt. Verzug mit der Zahlung des Schlussrechnungsbetrags tritt frühestens nach Ablauf von weiteren 30 Werktagen nach Ablauf der vereinbarten Prüfungsfrist ein.
- (6) Eine prüffähige Rechnung muss diejenigen Angaben enthalten, die nach dem geschlossenen Vertrag objektiv notwendig sind, um die sachliche und rechnerische Überprüfung des Honorars zu ermöglichen. Die Umsatzsteuer ist in den Rechnungen gesondert auszuweisen.
- (7) Alle Rechnungen (einschließlich Nachweise für Nebenkosten) sind per Mail an [rechnung@rege-hamburg.de](mailto:rechnung@rege-hamburg.de) einzureichen.
- (8) Wird nach Annahme der Schlusszahlung festgestellt, dass das Honorar abweichend vom Vertrag oder aufgrund unzutreffender anrechenbarer Kosten ermittelt wurde, so ist die Abrechnung zu berichtigen. Soweit Honorare aufgrund der Kostenfeststellung zu berechnen sind, ist die Abrechnung ferner zu berichtigen, wenn sich infolge der Überprüfung der Abrechnung der Baumaßnahme Änderungen der für die Berechnung des Honorars maßgebenden anrechenbaren Kosten ergeben. AG und AN sind verpflichtet, die sich danach ergebenden Beträge zu erstatten. Sie können sich nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.
- Das Berichtigen der Abrechnung ist keine Nachforderung.

## **Allgemeine Vertragsbestimmungen - AVB -**

### **zu den Verträgen für freiberuflich Tätige**

- (9) Im Falle einer Überzahlung hat die bzw. der AN den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 8 % über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen.  
Auf einen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) kann sich der AN nicht berufen.
- (10) Die Verjährung der Honorarforderung beginnt grundsätzlich mit der Erteilung einer prüffähigen Schlussrechnung. Die Verjährung einer auf eine nicht prüffähige Honorarschlussrechnung gestützten Forderung beginnt spätestens, wenn die Frist von 2 Monaten abgelaufen ist, ohne dass der AG substantiierte Einwendungen gegen die Prüffähigkeit vorgebracht hat.

### **§ 9**

#### **Abtretung**

Forderungen des AN gegen den AG dürfen nur mit Zustimmung des AG abgetreten oder verpfändet werden.

### **§ 10a**

#### **Kündigung durch den AG**

- (1) Der AG kann bis zur Vollendung der beauftragten Leistung jederzeit den Vertrag kündigen. Der AN ist in diesem Fall berechtigt, die vereinbarte Vergütung zu verlangen. Er muss sich jedoch anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrages an Kosten erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft und seines Unternehmens / Büros erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt (§ 648 Satz 2, 2. Halbsatz BGB). Die ersparten Aufwendungen werden für die noch nicht erbrachten Leistungen der Objektüberwachung sowie der Objektbetreuung und Dokumentation auf 60 %, für die noch nicht erbrachten übrigen Leistungen auf 40 % festgelegt, es sei denn, geringere oder höhere ersparte Aufwendungen werden nachgewiesen.
- (2) Im Falle der Kündigung aus wichtigem Grund hat der AN nur Anspruch auf Vergütung der bis zur Kündigung vertragsgemäß erbrachten, in sich abgeschlossenen und nachgewiesenen Leistungen, einschließlich der nachweisbar entstandenen notwendigen Nebenkosten. Schadensersatzansprüche der AG bleiben unberührt.
- (3) Die Rechte und Pflichten hinsichtlich der Feststellung des Leistungsstandes nach Kündigung richten sich nach § 648a Absatz 4 BGB. Insbesondere kann der AN die Feststellung und Abnahme seiner bis zur Kündigung erbrachten Leistungen alsbald nach der Kündigung verlangen; nach Feststellung und Abnahme ist eine prüffähige Rechnung über die ausgeführten Leistungen unverzüglich vorzulegen.
- (4) Kündigungen sind schriftlich zu erklären. Bei einer Kündigung aus wichtigem Grund soll der AG – unbeschadet seines Rechts auf Nachbenennung – die Kündigungsgründe in kurzer, nachvollziehbarer Weise im Kündigungsschreiben darlegen.
- (5) Bei einer vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses bleiben insbesondere die Ansprüche der Vertragsparteien aus den §§ 5 bis 7 unberührt.
- (6) Für die Kündigung bei Verstößen gegen das Vergaberecht gilt § 133 GWB.

# **Allgemeine Vertragsbestimmungen - AVB -**

zu den Verträgen für freiberuflich Tätige

## **§ 10b**

### **Kündigung durch die bzw. den AN**

- (1) Unbeschadet des § 650r BGB kann die bzw. der AN den Vertrag nur aus wichtigem Grund kündigen.
- (2) § 10a Abs. 3 bis 5 gelten entsprechend.

## **§ 11**

### **Haftung und Verjährung von Mängel- und Schadensersatzansprüchen**

- (1) Mängel- und Schadensersatzansprüche des AG richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist.
- (2) Im Falle seiner Inanspruchnahme kann der AN verlangen, dass er an der Beseitigung des Schadens beteiligt wird.
- (3) Die Verjährung von Mängel- und Schadensersatzansprüchen richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

## **§ 12**

### **Haftplichtversicherung**

- (1) Der AN muss eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und nachweisen. Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens jährlich das Zweifache der Versicherungssumme beträgt. Bei Arbeitsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für alle Mitglieder bestehen.
- (2) Der AN hat vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Leistungen des AG. Der AG kann Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.
- (3) Der AN ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. Er ist in diesem Fall verpflichtet, unverzüglich durch Abschluss eines neuen Versicherungsvertrages Deckung in der vereinbarten Höhe für die gesamte Vertragszeit nachzuholen, zu gewährleisten und nachzuweisen.

## **§ 13**

### **Erfüllungsort, Streitigkeiten, Gerichtsstand**

- (1) Es gilt deutsches Recht.
- (2) Erfüllungsort für die Leistungen der bzw. des AN ist die Baustelle, soweit diese Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen der Sitz des AG.
- (3) Bei Streitigkeiten aus dem Vertrag berechnen die bzw. den AN nicht, die Arbeiten einzustellen.
- (4) Soweit die Voraussetzungen gem. § 38 der Zivilprozessordnung (ZPO) vorliegen, richtet sich der Gerichtsstand für Streitigkeiten nach dem Sitz des AG.

## **§ 14**

### **Arbeitsgemeinschaft**

- (1) Sofern eine Arbeitsgemeinschaft AN ist, übernimmt das mit der Vertretung beauftragte, im Vertrag genannte Mitglied die Federführung.  
Es vertritt alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft dem AG gegenüber. Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber dem AG unwirksam.
- (2) Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft auch nach deren Auflösung gesamtschuldnerisch.

## **Allgemeine Vertragsbestimmungen - AVB -**

zu den Verträgen für freiberuflich Tätige

- (3) Die Zahlungen werden mit befreiender Wirkung für den AG ausschließlich an den im Vertrag genannten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

### **§ 15**

#### **Vertragssprache / Anzuwendendes Recht**

- (1) Vertragssprache ist deutsch, die Leistungserbringung hat ebenfalls in deutscher Sprache zur erfolgen.
- (2) Die Bestimmungen über den Werkvertrag (§§ 631 ff. BGB) finden ergänzend Anwendung.
- (3) Allgemeine Vertragsbestimmungen des Auftragnehmers werden nicht Vertragsbestandteil.

### **§ 16**

#### **Schriftform**

Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.

### **§ 17**

#### **Hamburgisches Transparenzgesetz**

Der Vertrag über freiberufliche Leistungen unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

### **§ 18**

#### **Verpflichtung nichtbeamteter Personen**

Der AN und seine Mitarbeiter können auf Anforderung des AG im Rahmen eines Auftrages gemäß dem Gesetz über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 02.03.1974 mit der Änderung vom 15.08.1974 (BGBl. I, S. 547, 1942) auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten gesondert verpflichtet werden. Wünscht der AG eine Verpflichtung, teilt der AN dem AG unmittelbar nach Vertragsunterzeichnung alle Namen der mit der Auftragsbearbeitung betrauten Personen schriftlich mit. Sollten im Projektverlauf weitere Mitarbeiter hinzugezogen werden, wird der AN dem AG auch deren Namen vorab mitteilen, so dass sie ebenfalls entsprechend verpflichtet werden. Diese Mitarbeiter dürfen erst nach ihrer Verpflichtung eingesetzt werden.

### **§ 19**

#### **Salvatorische Klausel**

Sollten einzelne Bestimmungen dieser AVB unwirksam sein, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der AVB im Übrigen.